



Bundesministerin  
Dr. Barbara Hendricks  
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit  
11055 Berlin

Bundesminister  
Sigmar Gabriel  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
11019 Berlin

Berlin, 14. September 2015

### Umsetzung der EU-Klima- und Energieziele für 2030

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir schreiben Ihnen heute als eine breite Allianz aus Unternehmensverbänden in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Umwelt- und Entwicklungs-NGOs, Kirchen und Gewerkschaften, um unsere Besorgnis bezüglich der Umsetzung der EU-Klima- und Energieziele für 2030 auszudrücken.

Deutschland hat sich im Vorfeld des Europäischen Rats im Oktober 2014 stark für verbindliche EU-Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz eingesetzt. Dafür möchten wir Ihnen danken. Dennoch blieben die Ambition und Verbindlichkeit der vereinbarten Ziele weit unter dem notwendigen Niveau für den grundsätzlichen Umbau unseres Energiesystems. **Nun droht die Gefahr, dass diese Mindestziele durch die Einführung eines schwachen Governance-Systems untergraben werden.** Wir brauchen wieder Ihr starkes Engagement, um sicherzustellen, dass die Ziele verlässlich erreicht und übertroffen – und nicht durch die Hintertür aufgegeben werden.

Aus einem Schreiben der EU-Kommission geht hervor, dass sie nationale Energie- und Klimapläne, die vorbei am Europäischen Parlament zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und der Kommission ausgehandelt werden, als zentrales Instrument zur Umsetzung der Ziele für 2030 favorisiert.

**Weiterhin besteht Unklarheit darüber, ob die nationalen Pläne die Erreichung der Ziele gewährleisten können.** Dieser informelle und auf Freiwilligkeit beruhende Ansatz steht im Widerspruch zu den Ratschlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs von Oktober 2014, die ein zuverlässiges und transparentes Governance-System auf Basis bestehender Gesetzgebung forderten.

Bereits 2011 beschloss der Europäische Rat in Angesicht der Nichterreichung des Energieeffizienzziels einen zweistufigen Ansatz, der vorsah, bei weiteren, unzureichenden Fortschritten der Mitgliedsstaaten dieses Ziel verbindlich zu machen. Dies ist trotz weiterhin absehbarer Zielverfehlung nicht geschehen. **Auch für die Klima- und Energieziele für 2030 müssen Konsequenzen im Falle der Nichterreichung klar definiert werden.** Nur so kann ein robuster und verlässlicher Rahmen für die europäische Energiewende geschaffen werden.

Um Sicherheit für Investoren und Verbraucher herzustellen, müssen Ziele, Maßnahmen und zusammengeführte Berichterstattungspflichten zur Zielerreichung in EU-Gesetzgebung, darunter die Richtlinien für Energieeffizienz, Gebäudeeffizienz und erneuerbare Energien, sowie die Entscheidung über das Effort-Sharing, festgeschrieben werden.

Wir möchten an Sie appellieren, sich für einen **transparenten und demokratischen Entscheidungsprozess zur Erarbeitung der Governance-Struktur für die Umsetzung der 2030-Ziele einzusetzen.** Zusammen mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des Ordentlichen Verfahrens kann die notwendige Legitimation geschaffen und die Zielerreichung verankert werden. Wir brauchen Ihre tatkräftige Unterstützung um sicherzustellen, dass die EU ihre Ziele erreicht und übertrifft und so die europäische Energiewende vorantreibt.

Mit freundlichen Grüßen



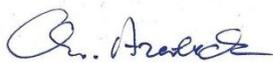
Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde, Präsident  
Bundesverband Erneuerbare Energien



Christian Noll, Geschäftsführender Vorstand  
Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz



Dr. Anselm Görres, Vorstandsvorsitzender  
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft



Dr. Christiane Averbek, Geschäftsführerin  
Klima-Allianz Deutschland



Sabine Nallinger, Vorständin  
Stiftung 2°Grad



Dr. Klaus Jensch, Vorstand  
Verband Beratender Ingenieure



Prof. Dr. Hubert Weiger, Präsident  
Bund für Umwelt und Naturschutz



Leif Miller, 1. Vize-Präsident  
Deutscher Naturschutzring



Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer  
Germanwatch



Olaf Tschimpke, Präsident  
Naturschutzbund Deutschland



Klaus Stähle, Vorstand  
UnternehmensGrün